

Persönliche Stellungnahme zum Zukunftskonzept

Hiermit sprechen wir uns als Senator*innen stellvertretend für die unabhängige Studierendenvertretung der Universität Heidelberg im Besonderen gegen den vorliegenden Antrag zur Gremienstruktur betreffend den Antrag der Universität als Zukunftskonzept im Rahmen der dritten Förderlinie der Exzellenzinitiative II aus. Weiterhin richten wir uns im Allgemeinen gegen die wissenschaftspolitischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder in Deutschland und an unserer Universität. Ausgehend von den offensichtlichen, negativen Auswirkungen auf die deutsche Hochschullandschaft, werden wir anhand von jüngeren und älteren Beispielen aus unserer Universität, die uns sorgenvoll auf die zukünftigen, strukturellen Entwicklungen der Gesamtuniversität blicken lassen, darlegen, warum die abschließend darzustellenden jüngsten Entwicklungen und vorherrschenden Meinungen in den Leitungsstrukturen Heidelbergs eine Gefahr für das Klima und die Zukunft dieser Universität darstellen.

Die Studierenden lehnen eine Abkehr von der bisherigen Grundfinanzierung der Hochschulen, wie sie mit der Exzellenzinitiative eingeschlagen wird, ab. Die Vergabe der Gelder geschieht intransparent: Durch den deutlichen Einfluss politischer Partikularinteressen wird selbst der eigentliche Wettbewerbsgedanke ad absurdum geführt. Bestimmte Hochschularten, Fach- und pädagogische Hochschulen, Kunsthochschulen sowie die meisten Hochschulen in den neuen Bundesländern sind von vornherein ausgeschlossen. Die Elitenforschung bekannter Soziologen belegt, dass die Gelder letztlich (nur) nach dem Matthäusprinzip vergeben werden: Wer hat, dem wird gegeben.¹

Durch die angestrebte Elitenbildung und „Leuchtturmisierung“ wird ohne Not die große Stärke des deutschen Hochschulsystems untergraben. Zudem erweist sich der Blick auf einen vermuteten Vorsprung des US-amerikanischen Hochschulsystems als trügerisch: Bekanntermaßen verfügt dieses System nicht nur über 50 der Besten sondern auch über 500 der schlechtesten Hochschulen der Welt.² Im Hinblick auf die Hochschule als eine (bislang noch)

1 [Michael Hartmann](#): *Die Exzellenzinitiative – ein Paradigmenwechsel in der deutschen Hochschulpolitik*. [Richard Münch](#): *Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz*. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2007.

2 Manuel J. Hartung: *Forscher als Bettler – Zweifel an der US-Elite*. In: DIE ZEIT, 40/2006

staatlich finanzierte Institution in gesellschaftlicher Verantwortung wie auch in Bezug auf die Frage eines sinnvollen volkswirtschaftlichen Gesamtnutzens des Hochschulbereichs galt – bei allen Unterschieden zwischen den Hochschulen – der Umstand, dass keine der bundesdeutschen Hochschulen von wirklich schlechter Qualität ist, als eine der entscheidenden Qualitäten des deutschen Hochschulsystems. Die Umschichtung gesellschaftlicher Gelder durch die Exzellenzinitiative droht, eben diese Stärke abzuschaffen. So führte die relative Ausgeglichenheit der deutschen Hochschullandschaft in der Vergangenheit zu einer Verteilung der Köpfe, einem regen Austausch von Gedankengut durch die Berufung von hausfremden Professor*innen und einem in der Summe extrem leistungsfähigen Hochschulsystem. Heute hingegen werden mit der Exzellenzinitiative praktisch aus dem Nichts riesige Cluster gebildet, die durch ihre thematische Sogwirkung und die erzwungene Nachhaltigkeitsstellung neue Professuren praktisch nur aus dem eigenen Nachwuchs (haus-)berufen können und somit den für die wissenschaftliche Kreativität notwendigen Austausch vermissen lassen.

Die Nachhaltigkeit der Exzellenzinitiative muss durch die Hochschulen selbst gewährleistet werden. Dadurch wird in einer nicht absehbaren und durch die Fachbereiche nicht planbaren Weise in deren weitere Entwicklung eingegriffen: Während die Umwidmung einer Stelle oder deren Ausrichtung in Gremien abgestimmt werden muss, wurden die Anträge auf die Exzellenzcluster und Graduiertenschulen nicht in den Fakultäten diskutiert. Werden diese Anträge bewilligt und wird somit zwangsläufig, dass eine frei werdende Stelle für die „Sicherung“ einer Exzellenz-Stelle herangezogen werden muss (also de facto durch sie ersetzt wird), kann eine zum Teil einschneidende Umorientierung (bzw. de facto Streichung) erfolgen. Die Verschiebung ist vom Fach nicht planbar und über demokratische Gremien nicht beeinflussbar, da hier mit dem strukturellen Sachzwang argumentiert wird. Erst kürzlich ist dies bei der Neuausrichtung einer Professur, ehemals technische Informatik, nun Fundamentale Physik geschehen. Die entscheidende Frage wird nicht beantwortet: Wie das komplizierte Konstrukt des entsprechenden Studiengangs, der von zwei Fakultäten (Mathematik und Informatik, Physik und Astronomie) getragen wird, auch weiterhin aufrecht erhalten werden kann. Ähnliche Wirkungen hat auch die Hartmut Hoffmann-Berling International Graduate School of Molecular and Cellular Biology (HBIGS). So gab es ohne Beteiligung der relevanten Gremien Bestrebungen,

die Doktorand*innenausbildung der Fakultät für Biowissenschaften in strukturellen und finanziellen Fragen derart an dieses Exzellenzprojekt zu binden, dass zwangsläufig auch eine inhaltlich-methodische Verengung entsteht, die letztlich eine Gefahr für die wissenschaftlichen Selbsterneuerungsmechanismen der gesamten Fakultät darstellt.

Hierin zeigt sich als weiteres Problem, dass die thematische und methodische Ausrichtung der Projekte weder auf bisherige Planungen abgestimmt sein müssen, noch in den Gremien besprochen werden. Stattdessen erfolgt sie – kohärenterweise - vor allem mit Blick darauf, was positiv begutachtet werden könnte. Fragen der Weiterentwicklung vorhandener Strukturen, der Neuentwicklung von Ansätzen aus den jeweiligen Fächern heraus, die Berücksichtigung von Studium und Lehre, der Einbettung der Forschung in soziale und politische Prozesse spielen zwar sicher oft in der Antragsformulierung und der Formulierung der Bewilligung eine Rolle, nicht aber unbedingt in der Entwicklung und Bewilligung der Anträge. Die Kriterien, nach denen das Geld vergeben wird, werden nicht öffentlich zugänglich gemacht (außer ein paar allgemein gehaltenen Formulierungen). Beobachtbar hingegen ist eine starke Fokussierung auf bestimmte Fachgruppen und Themen. Selbst wenn dieses Vorgehen sinnvoll sein mag – es darf nicht in einer kleinen Expert*innenrunde entschieden werden, sondern muss politisch verantwortet werden.

Was sich auf politischer Ebene als gesellschaftliches Problem darstellt, manifestiert sich wie bereits angedeutet in Heidelberg in Form einer Gefahr für die Zukunft der Universität. Die Festlegung von vier „Fields of focus“ mag etwa in den Lebenswissenschaften und der strategischen Allianz mit EMBL und DKFZ besonders nahe liegen. Jedoch beschrieb Dekan Bartram dies treffend als einen Ausschluss eines großen Teils der medizinischen Wissenschaft. Und selbst dem/der eingefleischten Naturwissenschaftler*in ist klar, dass es wissenschaftlich nicht sinnvoll ist, sämtliche Geisteswissenschaften unter dem Label des Transkulturellen verkaufen zu wollen. Denn letztlich ist dieser Begriff zwar für eine Neuausrichtung methodischer Perspektiven von Nutzen. Er verkommt jedoch zum politischen Schlagwort und inhaltsleeren Allgemeinplatz, wenn man ihn unreflektiert als Überbegriff für mehr als 30 Fächer determiniert.

Dementsprechend ist die getroffene Entscheidung, die Prorektor Rausch als „besonders durch den academic advisory council gelobt“ hervorhob, ein Fehler: Nämlich sich unter dem Begriff der „Volluniversität“ mit einem Zukunftskonzept zu bewerben, dessen hauptsächlicher Inhalt daraus besteht, durch die innovationsfeindliche Diskursdominanz seiner vier „Engines“ die strukturelle Stärke einer vielfältigen Universität zu untergraben, anstatt Modelle zu etablieren oder zu erhalten, unter denen sich frische und kontroverse Ideen besonders gut entfalten können, um so eine nachhaltige wissenschaftliche Zukunft zu bauen.

Herr Rektor, Sie versicherten uns nach der Ankündigung dieser Stellungnahme zum vorliegenden Antrag zur Gremienstruktur beruhigend, nicht die von den Fakultäten völlig entkoppelten und dem demokratischen Prozess der Gremien akademischer Selbstverwaltung entzogenen Research Councils, bestückt immerhin mit Fachvertreter*innen – jedoch ohne Studierende, würden die strukturellen Entscheidungen zur Entwicklung unserer neuen Motoren treffen, sondern Sie, unser Kapitän.

Daran, Professor Eitel, erkennen wir, wie sehr Sie die grundlegenden demokratischen Prozesse in unserer Universität missachten und deren Bedeutung für Wissenschaft und Gesellschaft nicht sehen oder nicht sehen wollen. Nichtsdestotrotz sind wir uns sicher, dass wir als Universität gemeinsam lernen werden, dass Demokratie nicht nur inhaltlich sinnvoll ist, sondern unsere wichtigste gesellschaftliche Aufgabe darstellt.

Aus diesem Grund und nicht aus persönlichen Interessen, sondern als Senator *innen der Fachschaftskonferenz Heidelberg aus Verantwortung für die Studierenden und alle Mitglieder unserer Universität erklären wir hiermit nachdrücklich unsere Ablehnung gegen das vorliegende Zukunftskonzept.

Julia Schwaab

Martin Wagner